

NIEDERSCHRIFT

über die 4. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises in der 11. Wahlperiode 2019/2024

in Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal
am Dienstag, 19. November 2019, 15.00 Uhr

Vorsitzender: Landrat Rainer Guth

Schriftführerin: Julia Mayer

Teilnehmer/innen: siehe Anwesenheitsverzeichnis

I. Eröffnung und Begrüßung:

Landrat Guth eröffnet die 4. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises in der 11. Wahlperiode 2019/2024 und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

II. Tagesordnung:

A) Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde
2. Tätigkeitsbericht der Kreisvolkshochschule
3. Abfallwirtschaft des Donnersbergkreises
 - a) Ergebnis der geänderten Gebührenkalkulation
 - b) Änderung der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallsatzung),
 - c) Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Gebührensatzung)
4. Jahresrechnung des Donnersbergkreises 2018
 - a) Feststellung des geprüften Jahresergebnisses 2018
 - b) Entlastung zur Haushaltsführung und Jahresrechnung 2018
5. Tätigkeitsbericht der Stabsstelle „Wirtschaftsförderung und Standortentwicklung“
6. Berufung in die Besuchskommission für das Pfalzkrankenhaus - Klinik für Psychiatrie und Neurologie Rockenhausen

7. Wahlen zur Hauptversammlung des Landkreistages
8. Mitteilungen und Anfragen

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Einwohnerfragestunde

I. Sachverhalt:

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Tätigkeitsbericht der Kreisvolkshochschule

I. Sachverhalt:

Landrat Rainer Guth gibt das Wort an Evangeline Beyer (Leitung der Kreisvolkshochschule), die den Tätigkeitsbericht der Kreisvolkshochschule anhand einer Power-Point-Präsentation vorstellt.

Rudolf Jacob (CDU) bedankt sich für die beeindruckende Bilanz dieser drei Jahre. Er habe den Eindruck die Zusammenarbeit zwischen der Kreisvolkshochschule und den Verbandsgemeinden habe sich deutlich verbessert.

Michael Cullmann (SPD) kann dem nur zustimmen. Auch die Sprachkurse und das Programm seien gut aufgestellt. Es sei darüber nachzudenken, ob kleinere bestehende Kurse auch in Zusammenarbeit mit den Kreisvolkshochschulen anderer Kreise zu ermöglichen seien.

Lisett Stuppy (B90/Grüne) bedankt sich ebenfalls für den Bericht und die Arbeit. Besonders erwähnenswert sei für sie, die Wichtigkeit der Integration. Abschließend wünscht sie der Kreisvolkshochschule weiterhin viel Mut und gutes Gelingen.

Gerd Fuhrmann (SPD) erklärt, auch ihn habe der Bericht sehr angesprochen. Er erkundigt sich nach der Zusammenarbeit mit den Schulen, da er insbesondere die Studienreisen vermisse.

Evangeline Beyer erklärt, das Thema Studienreise habe die Volkshochschule Eisenberg früher betreut. Dies sei organisatorisch viel Aufwand, jedoch könne eine Aufnahme nun nach Abschluss der Zertifizierung geprüft werden. Kooperationen zu Schulen, wie der Georg-von-Neumayer Schule in Kirchheimbolanden würden schon bestehen. Des Weiteren würden bereits Kurse an der Integrierten Gesamtschule Eisenberg für die 9. und 10. Klasse im Bereich Zeitmanagement bestehen.

Steffen Antweiler (FWG) unterstreicht die bereits erwähnten Komplimente und schließt sich dabei insbesondere Michael Cullmann und Rudolf Jacob als Verbandsbürgermeister an. Das neue Konzept, das Programm und auch das neue Kursheft seien absolut gelungen.

Helmut Schmidt (Die Linke) schließt sich dem Lob ebenfalls an. Es sei jedoch auch zu überlegen, wie die Volkshochschule zusätzlich unterstützt werden könne. Ein finanzieller Bonus, sei eine reale Hilfe, um letztendlich das gesamte Gelingen noch weiter zu verbessern.

Michael Cullmann (SPD) erkundigt sich in diesem Zusammenhang, ob die Leistungen der Kreisverwaltung an die Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden ordnungsgemäß abgerechnet werden.

Evangeline Beyer bestätigt eine ordnungsgemäße Abrechnung. Herr Schmidt habe bezüglich der Erhöhung des Betrages einen Antrag in der Sitzung des Verbandsgemeinderats gestellt.

Zu Punkt 3 a der Tagesordnung: Abfallwirtschaft des Donnersbergkreises
Ergebnis der geänderten Gebührenkalkulation

I. Sachverhalt:

Hado Reimringer (Abteilungsleiter Umwelt): „Im Rahmen der Vorstellung des Wirtschaftsplanes 2019 und der darin benannten neg. Entwicklung der Jahresverluste in der Abfallwirtschaft für die folgenden Jahre wurde in der Sitzung des Kreistages vom 12.11.2018 eine erneute Gebührenplankalkulation angestoßen. Diese wurde an das Büro „Teamwerk AG“ vergeben, welches bereits mit der Gebührenanpassung entsprechend, der Gebührenkalkulation 2017-2019 beauftragt war.“

Aktuell beträgt die Unterdeckung in der Abfallwirtschaft rd. 1,5 Mio Euro zum 31.12.2018.

In der Kreistagssitzung am 22.10.2019 erfolgte eine Vorstellung der neuen Gebührensätze. Folgende Umsetzung wurde beschlossen:

- 1) Babytonne für das erste Kind für das 1. Lebensjahr gebührenfrei
- 2) Deckelung der Gebühren ab einem 8 Pers.-Haushalt
- 3) Übernahme der Entsorgungskosten für die Silofolie/Spritzmittelkanister der Landwirte bei Anlieferung der Landwirte an der Kreismülldeponie in Eisenberg

Eine Finanzierung ist aus den Erlösen der Photovoltaikanlage vorgesehen.

Die Finanzierung allein aus den Erlösen der Photovoltaikanlage reicht zur Deckung der benannten Leistungen allerdings nicht aus, sodass hier zusätzlich die Nebenentgelte der dualen Systeme (DSD) zur Finanzierung herangezogen werden.

Somit ergibt sich folgender Sachverhalt:

- ➔ Herausnahme der landwirtschaftlichen Folie aus der Gebührenfinanzierung und Finanzierung über einen BgA

- ➔ Herausnahme der Photovoltaikanlage aus der Gebührenfinanzierung und Abbildung über den BgA
- ➔ Herausnahme der DSD Nebenentgelte aus der Gebührenfinanzierung und Abbildung über den BgA
- ➔ Keine Gebührenerhebung für den MGB 60 Liter für das 1. Kind für das 1. Lebensjahr und Finanzierung über den BgA
- ➔ Personendeckelung bei 8 Pers.-Haushalte und Finanzierung der Mindereinnahmen bei 9 Pers.-Haushalte + x Pers.-Haushalte über den BgA

Folgende Kosten sind nun über Erlöse der Photovoltaikanlage / Zahlungen Nebenentgelte DSD zu decken:

1. **Babytonne**

2.

Die Babytonne (60 Liter Restmülltonne) wird für das erste Kind für das 1. Lebensjahr gebührenfrei zur Verfügung gestellt. Es wird derzeit von 250 Erstgeborenen/Jahr im Donnersbergkreis ausgegangen.

Volumen:

geschätzt rd. 250 Haushalte – Kostenvolumen rd. 9.000,- Euro (250 * 36,00 €/Tonne)

Finanzierung:

Nach dem kommunalen Abgabegesetz (KAG), der aktuellen Rechtsprechung und den Gebührenprinzipien (Gleichbehandlungsgrundsatz, Äquivalenzprinzip) darf dies nicht aus der Grundgebühr subventioniert werden. Daher wird hier eine Finanzierung aus den Betrieben gewerblicher Art (BgA) „Fotovoltaik“ und „Nebenentgelt DSD“ durchgeführt.

2. **Deckelung der personengestaffelten Gebühr bei 8-Personen-Haushalt**

Die Deckelung der Gebühren erfolgt bei einem 8 Pers.-Haushalt. Es wird derzeit von 111 betroffenen Haushalten (Nicht-Kompostierer: 62, Kompostierer: 49) im Donnersbergkreis ausgegangen.

Volumen:

geschätzt rd. 111 Haushalte – Kostenvolumen ca. 4.126,00 Euro (bei aufgerundeten Gebührensätzen).

Finanzierung:

Nach dem kommunalen Abgabegesetz (KAG), der aktuellen Rechtsprechung und den Gebührenprinzipien (Gleichbehandlungsgrundsatz, Äquivalenzprinzip) darf dies nicht aus der Grundgebühr subventioniert werden. Daher wird hier eine Finanzierung aus den Betrieben gewerblicher Art (BgA) „Fotovoltaik“ und „Nebentgelt DSD“ durchgeführt.

3. Sammlung der landwirtschaftlichen Silofolien

Um eine ordnungsgemäße Entsorgung weiterhin zu gewährleisten wird den Landwirten 1x/Jahr eine kostenfreie Anlieferung der Silofolien und Spritzmittelkanister an der Deponie Eisenberg ermöglicht. Die Entsorgung wird vom Kreis übernommen. Eine zentrale Sammlung der Silofolie und Kanister – wie in den letzten Jahren erfolgt – ist nicht mehr vorgesehen. Die Anlieferung durch die Landwirte soll aber weiterhin zu einem festbenannten Termin (analog der bisher durchgeführten Sammlung) erfolgen.

Volumen:

Derzeit ca. 100 – 120 landwirtsch. Betriebe – Kostenvolumen rd. 10.000, - Euro

Finanzierung:

Nach dem kommunalen Abgabegesetz (KAG), der aktuellen Rechtsprechung und den Gebührenprinzipien (Gleichbehandlungsgrundsatz, Äquivalenzprinzip) darf dies nicht aus der Grundgebühr subventioniert werden. Daher wird hier eine Finanzierung aus den Betrieben gewerblicher Art (BgA) „Photovoltaik“ und „Nebentgelt DSD“ durchgeführt.

Die Verwaltung empfiehlt, die Gebührenanpassung zum 01.01.2020 entsprechend der Gebührenplankalkulation 2020 – 2022 des Büros „Teamwerk AG“ umzusetzen. Die Gebühren werden auf volle Eurobeträge aufgerundet, um eine Teilbarkeit durch zwei zu gewährleisten, bedingt durch die Fälligkeit der Jahresgebühr zum 15.03. und 15.09. eines jeden Jahres.

Folgende Unterlagen sind als Anlage beigefügt:

- Ergebnisse der Gebührenplankalkulation

Gunther Rhein (CDU) erklärt, in der letzten Sitzung des Kreistages habe man ausgiebig diskutiert und Ideen seien eingebracht worden. Die Idee der FDP-Fraktion, die Erträge aus der PV-Anlage miteinzubeziehen, sei eine gute Idee gewesen. Gegenüber der ersten Gebührenbetrachtung sei auch eine unwesentliche Verteuerung, von durchschnittlich einem

Euro pro Jahr und Haushalt erwähnt worden. Dies sei grundsätzlich auch in Ordnung, jedoch habe man drastische Steigerungen von 100 bis 120 Prozent ab einem acht Personen Haushalt. Der soziale Aspekt hinsichtlich der Baby-Tonne, die bis zu einem Jahr kostenfrei ist, sei berücksichtigt worden. Mit der Tatsache, dass die Tonne nach diesem Jahr nicht mehr kostenfrei ist, sei er unzufrieden. Für die Zukunft habe die CDU-Fraktion die Anregung, die Gebühren grundsätzlich noch einmal zu überdenken und 2021 erneut darüber zu diskutieren. Es seien feste Anteile in der Gebührenkalkulation, wie zum Beispiel die Administrationskosten oder die Kosten der Entsorgungsfahrten, die man entsprechend einer Äquivalenzziffer miteinfließen lassen könne.

Helmut Schmidt (Linke) erklärt, er sei mit der vorliegenden Empfehlung der Verwaltung nicht einverstanden und stimme dieser nicht zu. Die Absicht aller Fraktionen, eine soziale Komponente beizubehalten, sei in der letzten Sitzung des Kreistags sehr deutlich gewesen. Jedoch sei von der sozialen Komponente nicht viel übrig geblieben, weshalb er folgenden Vorschlag unterbreitet:

„Die Müllgebühr soll bis vier Personen steigen, dann bis acht Personen gleichbleiben und ab neun Personen leicht fallen, d.h. man sollte hoch einsteigen (z.B. 25.- € p.M.) und steigern, ab dem 5-köpfigen Haushalt bis zum 8-köpfigen Haushalt bliebe sie gleich, danach sollte die Gebühr nach und nach leicht verringert werden.

Die Baby- und die Pflgetonne soll in der bisherigen Form beibehalten werden, weil der Donnersbergkreis ein kinderfreundlicher Kreis ist und weil unser Donnersbergkreis pflegende Angehörige unterstützen und so auch dazu beitragen will, dass die Kosten für die Pflegekassen etc. geringer ausfallen und auf diese Weise alle Pflegeversicherten ein wenig entlastet werden.

Ausnahme: Alleinstehende Rentnerinnen und Rentner sollen von diesem hohen Einstieg ausgenommen bleiben, wenn diese mit ihrem Einkommen unter dem Existenzminimum (2020) von 9408.- € p.J. (784 € p.M.) liegen. (Nachweis über das Einkommen erfolgt durch eine Auskunft des Finanzamtes) (<https://www.bundestag.de/presse/hib/578520-578520>)“

Landrat Rainer Guth erklärt den Antrag nach ausführlicher Diskussion als angenommen und stellt diesen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme
2 Enthaltungen
28 Nein-Stimmen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Michael Groß (SPD) erkundigt sich nach der Anzahl der Landwirte, die die Entsorgung der Silofolien und Spritzmittelkanister in Anspruch nehmen.

Hado Reimringer informiert, es seien in jedem Jahr zwischen 100 und 120 Betrieben, die dieses Angebot in Anspruch nehmen. Im letzten Jahr seien es 109 Betriebe gewesen.

Michael Groß (SPD) erkundigt sich nach der Kostenermittlung der acht und neun Personen-Haushalte. Die Weichen für ein neues Gebührenmodell, seien unabhängig vom Kommunalgebührengesetz schnellstmöglich zu stellen. Er schlägt vor, die nächsten Gebührenbescheide mit einem Hinweis der Kompostiermöglichkeit sowie weiterer Einsparpotenziale zu versehen.

Hado Reimringer erklärt, die Gebühren seien anhand einer Kalkulationsgrundlage durchkalkuliert worden. Die Unterdeckungen in diesen Bereichen betragen 4.100 Euro.

Die Kreisverwaltung mache auf der Umweltseite im Wochenblatt regelmäßig auf die Möglichkeiten der Kompostierung aufmerksam. Die Kompostierquote liege seit Jahren konstant bei etwa 60 Prozent. Zudem gebe es eine Kompostberaterin, die die Bevölkerung vor Ort in Sachen Kompostierung berät. Jedoch könne man überdenken, inwiefern man diese Möglichkeit erneut bewirbt.

Steffen Antweiler (FWG) hält fest, aus der Diskussion der letzten Sitzung des Kreistages sei deutlich geworden, dass der Verlustvortrag die neue Gebührenkalkulation zwingend mache. Die Neukalkulation habe gezeigt, dass das bisherige System immense Probleme habe, die soziale Komponente anzusprechen und Dinge nicht gebührend und für das soziale Verständnis vernünftig abbilde. Vor diesem Hintergrund sei es dringend geboten, die Gebührenmaßstäbe, die der Gebührenkalkulation zugrunde liegen neu zu überdenken. Bei aller gebotenen Kritik, weißt er darauf hin, dass man trotz der enormen Preissteigerung, nur das Preisniveau von 1995 erreicht habe. Die FWG Fraktion stellt gemeinsam mit der Fraktion B90/Die Grünen und der CDU Fraktion den Antrag, den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft mit der Erarbeitung eines neuen Gebührenmodells zu beauftragen.

Michael Cullmann (SPD) entgegnet, ihn wundere sowieso, dass das Abfallwirtschaftskonzept noch nicht vorgelegt wurde. Dieses liefende Ende des Jahres aus und müsse ohnehin im Jahr 2020 erneuert werden, da dieses alle fünf Jahre erneut vorzulegen sei. Somit sei der Antrag

überflüssig, da dies lediglich die Pflicht der Verwaltung sei.

Landrat Rainer Guth ist der Meinung, es spreche nichts dagegen dieses Thema in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft zu geben.

Hado Reimringer bestätigt die Aussage von Michael Cullmann (SPD), das Abfallwirtschaftskonzept laufe zum Ende des Jahres aus. Es sei noch kein Neues vorgelegt worden, weil man derzeit noch keins erarbeitet habe. Wie bekannt sei, habe man sich in diesem und im vorherigen Jahr mit anderen Themen und Projekten, wie der Neuaufstellung der Abfallgebührensatzung und der Schwachgasfackel beschäftigt. Mit dem Thema Abfallwirtschaftskonzept werde man sich ab dem nächsten Jahr befassen. Abschließend weist er auf die bestehenden Verträge hin, eine große Umstellung sei erst ab dem Jahr 2023 möglich.

Landrat Rainer Guth stellt den Antrag von Steffen Antweiler (FWG) zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimme
 0 Enthaltungen
 0 Nein-Stimmen

Der Antrag ist somit angenommen.

Lisett Stuppy (Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich bei Teamwerk und der Verwaltung für die Neuberechnung der Müllgebühren. Sie sei froh, dass in der letzten Sitzung des Kreistags hartnäckig an einer sozialeren Lösung gearbeitet wurde und sich dies nun auch in der neuen Kalkulation abbilde. Das bestehende Konzept sei, wie bereits mehrfach angesprochen nicht zeitgemäß. Damit sei vor allem die Müllvermeidung gemeint, die mit diesem Konzept nicht gefördert werde und den Bürgerinnen und Bürgern dadurch wenig Wahl- und Entscheidungsmöglichkeit lasse. Lediglich die Eigenkompostierung sei eine Komponente, die durch die bewusste Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger Müll vermeide. Laut den zuletzt veröffentlichten Zahlen des Bundesumweltamts, sei Deutschland Spitzenreiter was Verpackungen angehe und auch die Abfallmenge habe sich verdoppelt. Diese Negativrekorde, habe jeder einzelne Verbraucher mit zu verantworten. Deshalb müsse man in Zukunft das System überdenken und anpacken; die Trendwende zu weniger Müllmenge unterstützen, um mehr Bewusstsein für Müll zu schaffen und verursachergerechte Gebühren zu kalkulieren. Ihrer Meinung nach, könne dieses Thema gerne im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft diskutiert werden.

Christian Ritzmann (FDP) unterstützt ebenso die Verweisung in den Ausschuss. Er halte es für sinnvoll, erst nach dieser Diskussion in die Fortschreibung des Konzeptes zu gehen, da man in der vergangenen, wie auch in dieser Sitzung viele Knackpunkte gemeinsam erarbeitet habe. Die Sache sei aus seiner Sicht in diesen beiden Sitzungen angemessen und auf einem sehr hohen konstruktiven Niveau behandelt worden. Auch seiner Meinung nach, werde ein neu entwickeltes Konzept mit einer Ursacher gerechteren Belastung sowie eines umweltgerechteren Verfahrens benötigt.

Laut Michael Cullmann (SPD) wäre es am sinnvollsten und fairsten, wenn direkt beim Verursacher der Preis für die Entsorgung des Mülls enthalten wäre. Jedoch könne man dabei nicht mitentscheiden und auch dem Versandhandel entgegenzuwirken halte er für schwierig. Dies müsse man in den kommenden Monaten abwarten, eventuell habe Teamwerk entsprechende Ideen dazu.

Herr Adam (Teamwerk) möchte klarstellen, dass für das Thema Verkaufsverpackungen ausschließlich die dualen Systeme zuständig sind. Der Kreis habe, abgesehen von beraterischen Maßnahmen, überhaupt keine Einflussmöglichkeit. Der gelbe Sack beinhalte in aller Regel Verkaufsverpackungen, deren Entsorgung bzw. Lizenzentgelte bereits beim Erwerb durch den Verkäufer beglichen werden. Somit könne man lediglich versuchen, den Verbraucher zu einem verpackungsarmen Einkauf anzuregen, denn ausschließlich über das Gebührensystem sei dies nicht möglich.

Landrat Rainer Guth bedankt sich bei Herrn Adam für den fachkundigen Nachtrag.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises stimmt der Gebührenanpassung entsprechend der Gebührenplankalkulation des Büros „teamwerk AG“ 2020-2022 zu.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen
 1 Nein-Stimme

Zu Punkt 3 b der Tagesordnung: Abfallwirtschaft des Donnersbergkreises
 Änderung der Satzung über die Vermeidung, Verwertung
 und Beseitigung von Abfällen (Abfallsatzung)

I. Sachverhalt:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 13.09.2011 und 05.10.2016 die derzeit geltende Abfall- als auch die Gebührensatzung für den Donnersbergkreis beschlossen.

Die Änderung der Abfall- und Gebührensatzung ist erforderlich, nachdem die vorliegende Gebührenkalkulation des Büros teamwerk AG, Mannheim für die Jahre 2020 – 2022 eine Anpassung der Abfallgebühren ergeben hat.

Wesentliche Änderungen der Abfallsatzung:

- 1) Anpassung an die aktuellen Gesetzesgrundlagen und Rechtsprechung
- 2) Babytonne für das Erstgeborene für das erste Lebensjahr
- 3) Aufnahme der Wahlmöglichkeit für eine Zusatztonne Restabfall
- 4) Aufnahme der Wahlmöglichkeit für eine Zusatztonne Bioabfall
- 5) Deckelung der Gebühren ab einem 8 Pers.-Haushalt
- 6) Kostenfreie Anlieferung Landwirtschaftsfolie/Spritzmittelkanister an Kreismülldeponie Eisenberg

Die Änderungen entnehmen Sie den beigefügten Gegenüberstellungen der Satzungen ALT/NEU

Die Verwaltung schlägt vor, der Änderung der Abfallsatzung in der vorgelegten Form zu zustimmen.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises stimmt der vorgelegten Änderung der Satzung über die Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, das Recycling, die Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallsatzung) vom 13.09.2011 in der Fassung vom 19.11.2019 und zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 3 c der Tagesordnung: Abfallwirtschaft des Donnersbergkreises
 Änderung der Satzung über die Erhebung von
 Benutzungsgebühren für die Vermeidung, Verwertung und
 Beseitigung von Abfällen (Gebührensatzung)

I. Sachverhalt:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 13.09.2011 und 05.10.2016 die derzeit geltende Abfall- als auch die Gebührensatzung für den Donnersbergkreis beschlossen.

Die Änderung der Abfall- und Gebührensatzung ist erforderlich, nachdem die vorliegende Gebührenkalkulation des Büros teamwerk AG, Mannheim für die Jahre 2020 – 2022 eine Anpassung der Abfallgebühren ergeben hat.

Wesentliche Änderungen der Gebührensatzung:

- 1) Anpassung an die aktuellen Gesetzesgrundlagen und Rechtsprechung
- 2) gebührenfreie Babytonne für das Erstgeborene für das erste Lebensjahr
- 3) Aufnahme der Gebühren für eine Zusatztonne Restabfall
- 4) Aufnahme der Gebühren für eine Zusatztonne Bioabfall
- 5) Deckelung der Gebühren ab einem 8 Pers.-Haushalt
- 6) Reduzierung der Auswahl Großbehälter an tatsächliche Nachfrage

Die Änderungen entnehmen Sie den beigefügten Gegenüberstellungen der Satzungen ALT/NEU

Die Verwaltung schlägt vor, der Änderung der Gebührensatzung in der vorgelegten Form zu zustimmen.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises stimmt der vorgelegten Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, das Recycling, die Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Gebührensatzung) vom 13.09.2011 in der Fassung vom 19.11.2019 zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 4 a der Tagesordnung: Jahresrechnung des Donnersbergkreises 2018
Feststellung des geprüften Jahresergebnisses

I. Sachverhalt:

„Gemäß § 57 der Landkreisordnung (LKO) in Verbindung mit § 110 Abs. 1 und 2 der Gemeindeordnung (GemO) hat der Landrat den Jahresabschluss dem Kreistag zur Prüfung vorzulegen, nachdem er durch den Rechnungsprüfungsausschuss nach den Grundsätzen der §§ 112, 113 GemO geprüft worden ist.

Nach § 114 Absatz 1 der GemO hat der Kreistag spätestens am 31.12. des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses zu beschließen. In einem gesonderten Beschluss entscheidet er über die Entlastung des Landrates und der Beigeordneten, soweit diese einen eigenen Geschäftsbereich leiten oder den Landrat vertreten haben.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat am 18. November 2019 getagt.“

Michael Cullmann (SPD) bittet darum, dass die in der Sitzung am 18. November 2019 besprochenen Themen nach den Maßgaben des Rechnungsprüfungsausschusses ausgeführt werden.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises stellt den geprüften Jahresabschluss des Donnersbergkreises für 2018 wie folgt fest:

- Jahresfehlbetrag der Ergebnisrechnung in Höhe von 1.125.082,73 €
- Bilanzsumme in Höhe von 216.195.489,75 €

einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von 48.483.170,41 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 4 b der Tagesordnung: Jahresrechnung des Donnersbergkreises 2018
Entlastung zur Haushaltsführung und Jahresrechnung

I. Sachverhalt:

Den Vorsitz führt bei diesem Tagesordnungspunkt 1. Kreisbeigeordneter Wolfgang Erfurt, Landrat Rainer Guth, Manfred Boffo sowie 3. Kreisbeigeordneter Dr. Jamill Sabbagh sind von der Beratung und Entscheidung gem. § 16 LKO ausgeschlossen.

Wolfgang Erfurt bittet den Vorsitzenden Christoph Stumpf (SPD) über das Ergebnis der Prüfung zu berichten, der wie folgt ausführt: „Der Rechnungsprüfungsausschuss des Donnersbergkreises hat sich in seiner Sitzung am 18.11.2019 mit dem Jahresabschluss des Donnersbergkreises zum 31.12.2018 und dem Prüfbericht des Jahresabschlusses 2018 des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes befasst. Die im Prüfbericht aufgeführten Beanstandungen sind von der Verwaltung bereits umgesetzt bzw. werden künftig beachtet. Mit Schreiben vom 31.10.2019 hat das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes erklärt, dass die Beanstandungen ausgeräumt sind.“

Es sind keine Verstöße gegen geltendes Recht und die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Haushalts- und Buchführung festgestellt worden. Der Rechenschaftsbericht steht mit dem Jahresabschluss im Einklang;

Der Rechnungsprüfungsausschuss des Donnersbergkreises hat deshalb einstimmig beschlossen, dem Kreistag vorzuschlagen, Herrn Landrat Guth sowie vertretungsweise auch den Kreisbeigeordneten für das Jahr 2018 die Entlastung zu erteilen, aufgetretene Haushaltsüberschreitungen zu genehmigen und über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses zu beschließen.“

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises erteilt dem Landrat als Leiter der Kreisverwaltung Donnersbergkreis, vertretungsweise auch den Kreisbeigeordneten, für das Jahr 2018 Entlastung und genehmigt die im Haushaltsjahr aufgetretenen Haushaltsüberschreitungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Tätigkeitsbericht der Stabsstelle „Wirtschaftsförderung und Standortentwicklung“

I. Sachverhalt:

Landrat Rainer Guth bittet Reiner Bauer (Leiter Stabsstelle Wirtschaftsförderung und Standortentwicklung) seinen Tätigkeitsbericht vorzustellen.

Peter Funck (FWG) verlässt die Sitzung um 16.40 Uhr.

Helmut Schmidt (Linke) verlässt die Sitzung um 16.55 Uhr.

Rudolf Jacob (CDU) bedankt sich für den von Reiner Bauer vorgestellten Tätigkeitsbericht. Die Stabsstelle Wirtschaftsförderung sei sehr facettenreich aufgestellt und seiner Meinung nach, habe sich auch die personelle Aufstellung bewährt. Jemanden diese Stabsstelle leiten zu lassen, der aufgrund eigener Erfahrungen und seines Engagements, sowohl seit vielen Jahren hauptamtlich in der Verwaltung tätig, aber auch die Erfahrung als langjähriger Ortsbürgermeister und als Vorsitzender verschiedener Vereine mitbringe, sei geschickt. Erste Früchte, die messbar und gegebenenfalls zu wiegen seien, werfe das Ganze schon ab. Es gebe zwei Betriebe, die über die Stabsstelle Wirtschaftsförderung ihren Weg nach Winnweiler gefunden haben. Diese seien an einer Ansiedlung in dem für 2020 geplanten Gewerbegebiet Schäferdell der Verbandsgemeinde Winnweiler interessiert. Es sei auch richtig, dass man sich nicht nur auf die Wirtschaftsförderung im engeren Sinne beschränke, sondern dass man hier facettenreich aufgestellt sei. Aus seiner Sicht sei nicht nur die Ansiedlung neuer Unternehmen, sondern auch die Betreuung vorhandener Unternehmen gerade auch im Bereich des Handwerks sehr wichtig, denn wie bekannt sei, gebe es auch hier einen Fachkräftemangel. Dankbar darüber, dass man dies mit aufgegriffen und unterstützt habe, sieht er diesen Schritt als einen erfolgreichen Anstoß und ist gespannt auf die künftige Entwicklung.

Tristan Werner (SPD) bedankt sich für den für den umfangreichen Vortrag, indem man einen Eindruck der Wirtschaftsförderung habe gewinnen können. Es sei momentan für den

Wirtschaftsstandort Donnersberger Land eine schwierige Situation. Man höre von möglichen Entlassungen bei Borg Warner in erheblichen Umfang, auch habe man in der Zeitung lesen können, dass bei Adient gegebenenfalls schwere Zeiten anbrechen können. Viele Arbeitnehmer sehen sich in der Existenz bedroht, wissen nicht, wie es weiter geht. Er möchte wissen, was der Wirtschaftsförderer in dieser schwierigen Zeit unternimmt, um den Unternehmen beizustehen und diesen zu helfen.

Alexander Groth (FWG) verlässt die Sitzung um 17.00 Uhr.

Reiner Bauer informiert, man sei mit den Betrieben im Gespräch, um die Bugwelle auch ein Stück früher zu erkennen. Auf die globalen Prozesse rund um die Automobilwirtschaft, wie das Kaufverhalten habe man lokal nur bedingt Einfluss. Das Thema sei vielmehr den Beschäftigten, die sich neu orientieren müssen, auch neue Perspektiven aufzuzeigen. Momentan zeige sich der Arbeitsmarkt sehr stabil, auch die Leih- und Zeitarbeiter, die bei Borg Warner und Adient freigesetzt wurden, könne man gut in andere Beschäftigungsfelder integrieren. Ein Thema sei, wie man Neuansiedlungen auch von Folgetechnologien rund um die Automobilbranche hier in die Region holen kann. Hier stehe man in einem engen Bündnis mit der Zukunftsregion Westpfalz, die für die ganze Westpfalz in diese Richtung ein wirksames Lobbying gemacht habe. Das Programm des Kreisjubiläums sei ein richtiger erster Ansatz und man müsse nachfassen und schauen, wo man gemeinsam mit der Agentur für Arbeit bei Gründungen mit Existenz- Beratungsprogrammen neue Perspektiven bieten kann. Auch das Handwerk sei durchaus eine Branche, die noch Beschäftigte suche. Hier müsse geschaut werden, wie die Transformationsprozesse entwickelt werden können, dass man der Beschäftigungs- und Perspektivlosigkeit nicht tatenlos zusieht. Man wolle nicht nur die großen Prozesse mit der Gewerbeansiedlung, sondern auch die Einzelperspektive mit den Partnern in den Blick nehmen.

Eberhard Hartelt (FWG) verlässt die Sitzung um 17.05 Uhr.

Christian Ritzmann (FDP) ist der Meinung, um im Bereich Unternehmensansiedlungen erfolgreich zu sein, benötige der Donnersbergkreis eine Willkommenskultur für Unternehmen, eine kulturelle und emotionale Ebene, um Menschen zu gewinnen, die ihr Unternehmen in die Region bringen und diese damit vorantreiben möchten. Dies müsse man mit allen administrativen und politischen Möglichkeiten unterstützen und besser machen als andere Regionen. Die angesprochenen Netzwerke seien aus seiner Sicht zu sehr auf den Verwaltungsbereich fixiert. Abgesehen von der Region Westpfalz brauche man beispielsweise Initiativen, wie Bestandsunternehmen, die Unternehmensgründer in Form von Partnerschaften

unterstützen.

Landrat Rainer Guth erklärt, bei der Willkommenskultur sei er ganz seiner Meinung, dies müsse emotional sein und daran arbeite man.

Lisett Stuppy (B90/Grüne) bedankt sich bei Reiner Bauer für den Bericht und die Arbeit. Dies sei ein spannendes Feld mit einem großen Spektrum, weshalb es wichtig sei, dass viele Akteure zusammenspielen und dabei habe man nicht nur die Kommunen, sondern auch die Zukunftsregion Westpfalz benannt. Kaiserslautern sollte eine große Rolle spielen, da dort bereits mehrere Unternehmensgründungen in der Entwicklung stünden und innovative Unternehmen sehr wichtig für die Zukunft seien. Man müsse auch die bereits bestehenden Betriebe im Blick behalten und damit seien nicht nur die großen Betriebe, sondern auch kleinere Betriebe, wie die Handwerksbetriebe gemeint. Eine Plattform die solche Betriebe und Schulabgänger zusammenbringt, könne ein guter Schlüssel zum Erfolg sein. Ebenso wichtig sei es, die Messen der handwerklichen und sonstigen Berufe in den Donnersbergkreis zu bringen.

Reiner Bauer informiert, mit Gerda Gauer habe man eine wunderbare Patin, die durch ihre Organisation Schulen und Betriebe zusammenführe. Es sei wichtig, dass die Jugend einen Bezug zur Region habe. Man habe auch das Kreisjubiläum so gestaltet, dass viele hunderte Schüler die Möglichkeit bekommen haben, die Betriebe des Donnersbergkreises und somit den Kreis als attraktiven Ausbildungsstandort kennenzulernen.

Gerd Fuhrmann (SPD) bedankt sich bei Reiner Bauer für den umfangreichen Bericht und die Informationen. Man habe von Bestandsschutz, von Ansiedlung, von Chancen und Perspektiven gesprochen, weshalb er sich für den eigenen Anspruch des Wirtschaftsförderers dahingehend auch Unternehmen hier anzusiedeln und Arbeitsplätze zu halten interessiert.

Reiner Bauer erklärt, ihm sei das Wachstumspotenzial für Betriebe im Donnersbergkreis wichtig, die durchaus interessant und mit der Lage kompatibel sind. Die Ausgangslage zwischen den Kraftzentren Rhein-Main, Rhein-Neckar und Kaiserslautern, könne man noch aktiver nutzen, um weiteres Wachstum, Beschäftigungssicherung und Sicherung von Steuerkraft durchaus umzusetzen, sodass Veränderungsprozesse aufgegriffen und Folgetechnologien kompensiert werden können. Dies sei im Grunde eine Mischung aus Bestandsschutz; Bestandspflege von kleinen bis zu großen Betrieben, aber auch ein Generieren von Wachstum in Richtung von bisher nicht präsenten Akteuren.

Helmut Schückler (CDU) bedankt sich für den Vortrag. Es stehe momentan nicht ausreichend Personal zur Verfügung, um sich großartig erweitern zu können. Als Unternehmer habe er Schwierigkeiten qualifiziertes Personal zu finden. Man spreche jedoch derzeit generell zu negativ über den Arbeitsmarkt. Das Handwerk sei eine Chance, denn in diesem Bereich suche man nachdrücklich nach Kräften.

Landrat Rainer Guth stimmt dem zu, ohne Handwerker sei man aufgeschmissen. Insofern sei der Fokus klar, aber da habe man eventuell auch ein Leck im Bildungssystem und im Bildungsanspruch, man sei jedoch dabei Schüler und Unternehmen zusammenzubringen. Das Handwerk müsse auch progressiv beworben werden, um eine Trendwende zu ermöglichen.

Gustav Herzog (SPD) verlässt die Sitzung um 17.20 Uhr.

Michael Groß (SPD) erkundigt sich, ob dem Kreis die aufgeführten Mittel in Höhe von 1,6 Mio. Euro jährlich in diesem Umfang zufließen. Zudem möchte er aufgrund der mehrfach erwähnten Plattform, die geboten werden muss wissen, wie der Kreis die Kommunen unterstützen möchte, denn ein Gewerbegebiet anzubieten, zu erschließen, und zu planen sei schließlich ein Millionenprojekt. Klar sei, dass ein Bau- und Gewerbegebiet gebraucht werde, die finanzielle Lage stelle jedoch ein großes Problem dar, die auch von der Kommunalaufsicht so nicht genehmigt werden würde, weshalb ihm dies widersprüchlich erscheint.

Landrat Rainer Guth informiert zu den kommunalaufsichtlichen Schranken, müsse man das nächste halbe Jahr und die Verfassungsklagen am Bundes- und Landesverfassungsgericht abwarten. Die finanzielle Situation der Gemeinden könne eine solche werden, die es auch erlaubt, zwingende Investitionen vorzunehmen.

Reiner Bauer erklärt, die momentan entwickelten Gewerbeflächen, seien teilweise von Kommunen vorfinanziert worden. Man habe die Situation, dass im Grunde direkt bei Umsetzung, externe Projektierer mit in den Grunderwerb gehen. Es gebe verschiedene Modelle, die alle für sich ihre Vor- und Nachteile haben. Ein Gewerbegebiet mache nur dann Sinn, wenn eine positive schwarze Zahl zu erwarten sei. Kein Projekt sei ganz ohne Risiko, es ginge darum, wie man das Risiko händeln oder auch mit den Investoren teilen könne. Ein Nachteil bei den reinen kommunalen Investorenmodellen mit Planungsrecht sei, dass man die komplette weitere Erschließung demjenigen überlasse, der dann der Generalunternehmer auf dem Gebiet ist. Es könne schwierig sein, wenn man bei den bisherigen Umsetzungsmodellen bleibe, in Hinblick auf die Vorfinanzierung, die Planungsrisiken und auf die

Erschließungskosten. Hier müsse in der Tat überlegt werden, wie dies am sinnvollsten angegangen werde und welche Lösung für die Region die beste sei.

Reiner Bauer gibt das Wort bezüglich der Zahlen der Dorferneuerung an Ina Bundenthal (Sachbearbeiterin Dorferneuerung).

Ina Bundenthal informiert, die Mittel seien in diesem Jahr erhöht worden, da in 2019 ein Großprojekt in Ilbesheim bewilligt worden sei, was rund 800 Tausend Euro betrug. Normalerweise erhalte der Kreis einen Betrag von ca. 350 Tausend Euro zur Verfügung.

Michael Cullmann (SPD) ist der Meinung, man müsse dem entgegenhalten und die Maßnahmen umsetzen, die für sinnvoll und richtig erachtet werden und gegebenenfalls eine Klage hinnehmen, anstatt selbst zu klagen. Es könne nicht sein, dass man sich hier die Planung von Gewerbegebieten und Dorferneuerungsmaßnahmen verbauen lasse.

Landrat Rainer Guth stimmt dem prinzipiell zu. Haushalte werden nicht genehmigt, sodass Investitionen nicht getätigt werden können und Einzelgenehmigungen gebraucht werden. Man habe schlicht und ergreifend rechtliche Rahmenbedingungen, die zu beachten seien. Geplant sei für das zweite Quartal im neuen Jahr eine Sitzung des Kreistages, in der die gesamten Kommunalhaushalte dargestellt werden sollen. Es gebe noch viele Themen, die damit verbunden seien, wie die Neuordnung des Grundsteuerrechts.

Eva Hoffmann kann dies bestätigen. Ausgeglichene Haushalte seien verpflichtend vorzulegen und kommunalaufsichtliche Stellungnahmen können nur dann bewilligt werden, wenn eine Aussicht besteht, dass die Kommune die Folgekosten tragen kann, was viele Kommunen im Donnersbergkreis leider nicht mehr können. Es könne nicht alles pauschal durchgewunken werden, was haushaltsrechtlich nicht mehr möglich sei. Die Kommunen seien aufgefordert, sich künftig in ihrer Planung einzurichten, sodass die Kurve tendenziell wieder steigen könne, dann sei man bei Einzelmaßnahmen durchaus bereit diese mitzugehen.

Manfred Boffo (FWG) verlässt die Sitzung um 17.30 Uhr.

Simone Huth-Haage (CDU) ist der Meinung, im Bereich der Wirtschaftsförderung; Wirtschaftsentwicklung, sei im Kreishaus eine Dynamik, eine Aufbruchsstimmung zu spüren, wie sie vorher nie da gewesen sei. Dies komme gerade in Zeiten, die wirtschaftlich etwas schwieriger werden, wo sich ein leichter Abschwung abzeichne. Aber gerade auch in diesen

Zeiten sei diese Stelle und die damit verbundene Arbeit immens wichtig. Ob die Unterstützung von bestehenden Unternehmen, die Heranführung von Auszubildenden, das Bewerben für die duale Ausbildung oder die Ansiedlung von neuen Betrieben, all das sei unheimlich wichtig und habe der Wirtschaftsförderer in der relativ kurzen Zeit erfolgreich umgesetzt. Wie bereits mehrfach von Außen betrachtet und aufgezeigt, handele es sich hier um einen sehr attraktiven Standort. Es müsse Mut machen, was hier in der Region möglich sei und sie ist froh, dass es diese Stelle gibt und wenn es diese nicht gebe, dann müsste man diese spätestens jetzt installieren.

Tristan Werner (SPD) erkundigt sich nach der Standortentwicklung, insbesondere nach dem Projekt der Sommerrodelbahn, welches damals angekündigt und entsprechend postuliert worden sei, dann jedoch relativ schnell auf Widerstand stieß. Hier interessiert ihn, wie der Wirtschaftsförderer dieses Vorgehen in der Nachschau bewertet, ob er weiterhin Aussichten für dieses Projekt sieht und ob er dies wieder so behandeln würde. Ein weiteres Projekt, das teilweise auch kritisch gesehen werde, sei die Rastanlage in Steinbach. Eine persönliche Einschätzung dazu würde ihn ebenfalls interessieren. Des Weiteren habe man von baldigen ersten Erfolgen der Tätigkeit gesprochen und auch wenn für einige bereits eine Aufbruchstimmung zu erkennen sei, würde er gerne wissen, ob bis zum jetzigen Zeitpunkt in der Amtszeit des Wirtschaftsförderers bereits Ansiedlungen stattgefunden haben.

Jaqueline Rauschkolb (SPD) verlässt die Sitzung um 17.40 Uhr.

Reiner Bauer ist der Meinung, die Region könne einen touristischen Leuchtturm dringend gebrauchen. Das Thema Rodelbahn sei eine Geschichte, die in Dannenfels entstanden sei und die er persönlich befürworte. Er glaubt, dass die Rodelbahn ein interessantes Projekt sei, jedoch könne dieses durch jedes andere Highlight ersetzt werden. Ein solches Projekt könne nur funktionieren, wenn es planungsrechtlich in Ordnung sei und die Bevölkerung vor Ort dies auch annehme und akzeptiere. In Deutschland gebe es ein Planungsrecht, das Abwägungen vornehme und sehr weit ausgeprägt sei. Die Belange von betroffenen Bürgern, Umweltbelange und vieles mehr werde dabei geprüft. Auch diese Hürde müsse jedes Vorhaben, auch jeder Leuchtturm am Ende nehmen. Eine gute Kommunikation sei bei Leuchtturmprojekten und auch bei allen Infrastrukturprojekten sehr wichtig. Eine solche habe hier leider nicht stattgefunden, was vermutlich eine Lehre sei. Trotzdem gebe es sowohl Befürworter, als auch Gegner des Projekts, sollten die Lager jedoch gegeneinander gehen, sei dies am Ende kein gutes Projekt.

Beim Thema der Tank- und Rastanlage sei er, wie auch viele weitere Steinbacher der Meinung, eine solche werde gebraucht, denn eine solche Anlage habe auch Begleiterscheinungen wie Arbeitsplätze, sei aber auch wichtig als Versorgungsstruktur. Es müsse jedoch auch eine ordnungsgemäße Untersuchung stattfinden und man müsse überlegen, ob der Standort in der Tat der richtige und beste sei. Bei negativen Punkten sei es bei der Standortauswahl natürlich so, dass es woanders immer besser sei, als vor der eigenen Haustür, aber dies sei keine Basis für die schlussendlichen Entscheidungen.

Konkrete Ansiedlungen könne er zum heutigen Stand noch nicht vermelden. Die Neugründer, die bisher im wirtschaftlichen Bereich im Gespräch waren, seien noch in der Sondierungsphase.

Dr. Said Kahla (SPD) verlässt die Sitzung um 17.50 Uhr.

Michael Cullmann (SPD) bezieht sich auf die von Michael Groß erwähnte Diskrepanz. Die Arbeitsplätze seien das, was zähle, und wovon letztlich der gesamte Kreis profitiere. Ihm gefalle der "Nimby" Effekt dabei nicht und demnach könne kein Projekt mehr umgesetzt werden, denn jedes Projekt, was mit Verkehr verbunden sei, sei auch mit Lärm verbunden. Um Menschen tatsächlich in die Region zu holen, könne man dies nicht vermeiden. Hier müsse man zunächst eine glatte Struktur, ein Konzept finden. Es sei klar, dass Arbeitsplätze mit Belastungen verbunden seien, aber hier könnten Arbeitsplätze geschaffen werden, die auch von Menschen mit normaler Berufsausbildung besetzt werden können und diese seien ebenso wichtig für die Region.

Landrat Rainer Guth bedankt sich abschließend für den guten und breiten Austausch.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Berufung in die Besuchskommission für das Pfalzkrlinikum
- Klinik für Psychiatrie und Neurologie Rockenhausen

I. Sachverhalt:

Gemäß § 29 des Landesgesetzes für psychisch kranke Personen (PsychKG) soll der Kreistag, in dessen Gebiet sich eine Einrichtung im Sinne des §12 Abs. 1 PsychKG – hier die Klinik für Psychiatrie und Neurologie in Rockenhausen- befindet, für jeweils fünf Jahre eine Besuchskommission berufen.

Aufgabe der Besuchskommission ist es, die Einrichtung in Abständen von längstens einem Jahr zu besichtigen, um zu prüfen, ob die Rechte der untergebrachten Personen nach dem PsychKG gewahrt werden. Der Besuchskommission ist ein ungehinderter Zugang zu der Einrichtung zu gewähren. Bei der Besichtigung ist den untergebrachten Personen Gelegenheit zu geben, Wünsche und Beschwerden vorzutragen. Die Einrichtung soll die Besuchskommission bei Ihrer Tätigkeit unterstützen.

Die Mitglieder der Besuchskommission sind zur Verschwiegenheit in persönlichen Angelegenheiten der untergebrachten Personen verpflichtet und erhalten für Ihre Tätigkeit eine Entschädigung nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtliche Richter.

Die Besuchskommission wurde in der Legislaturperiode 2004/2009 erstmals für den Donnersbergkreis gebildet und hat seitdem jährlich die Klinik besucht und anschließend dem Kreistag einen Bericht mit den Ergebnissen der Überprüfung vorgelegt. Die Geschäftsführung der Kommission erfolgt durch die Psychiatriekoordinatorin der Kreisverwaltung Frau Petra Vatter.

Nach den Empfehlungen des Landespsychiatriebeirates sollte sich die Besuchskommission wie folgt zusammensetzen:

- a) ein/e Arzt/Ärztin für Psychiatrie
- b) eine Person mit Befähigung zum Richteramt
- c) ein/e Vertreter/in der Angehörigen

- d) ein/e Vertreter/in der psychiatrienerfahrenen Personen oder ein/e gesetzliche/r Betreuer/in
- e) ein/e Vertreter/in des Psychiatriebeirates; dieser/diese sollte eine andere Gruppierung vertreten als die vorgenannten.
- f) ein/e Vertreter/in je nach örtlichen Gegebenheiten

Für die Legislaturperiode 2019/2024 werden folgende Personen vorgeschlagen:

Zu a) Dr. Irene Gryparie-Mewes, Eisenberg

Zu b) Eva Hoffmann, Regierungsdirektorin und Juristin der Kreisverwaltung

Zu c) Manfred Schäfer, Alsenz

Zu d) Christine Balzer, Betreuungsbehörde der Kreisverwaltung

Zu e) Vera Bernhard-Kinzer, Eisenberg

Zu f) Magdalena Friederichs, Medizinalrätin im Gesundheitsamt

Klaus Hartmüller (CDU) geht um 17.50 Uhr.

II. Beschluss:

Der Kreistag beruft die Besuchskommission gemäß § 29 des Landesgesetzes für psychisch kranke Personen (PsychKG) für die Legislaturperiode 2019/2024.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Wahlen zur Hauptversammlung des Landkreistages

I. Sachverhalt:

In der konstituierenden Sitzung des Kreistages am 15. August 2019 wurden u. a. auch die Vertreter zur Hauptversammlung des Landkreistages gewählt. Seitens der SPD-Fraktion wurden Herr Christoph Stumpf als Vertreter und Herr Steven Pfeil als sein Stellvertreter vorgeschlagen und gewählt.

Nach Meldung der Personen an den Landkreistag, wurde die Verwaltung darauf aufmerksam gemacht, dass die Landkreise in den Organen des Landkreistages lediglich durch Landräte, Kreisbeigeordnete oder Mitglieder des Kreistages vertreten werden können (§ 8 Abs. 2 der Satzung des LKT).

Steven Pfeil gehört nicht dem Kreistag des Donnersbergkreises an und kann somit nicht die Stellvertreterfunktion von Christoph Stumpf übernehmen. Somit ist ein/e neue/r Stellvertreter/in zu benennen.

Vorschlagsberechtigt ist die SPD-Fraktion. Diese schlägt Frau Claudia Manz-Knoll als Stellvertreterin vor.

Michael Cullmann (SPD) erkundigt sich nach der Zusammensetzung der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses.

Nach § 37 LKO setzen sich Ausschüsse, wie der Rechnungsprüfungsausschuss entweder nur aus Kreistagsmitgliedern oder aus Kreistagsmitgliedern und sonstigen wählbaren Bürgern des Landkreises zusammen; mindestens jedoch die Hälfte der Mitglieder eines Ausschusses soll jedoch Mitglied des Kreistags sein.

II. Beschluss:

Der Kreistag wählt die vorgeschlagene Person als Stellvertreter/in zur Hauptversammlung des Landkreistages.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Mitteilungen und Anfragen

I. Sachverhalt:

Mitteilungen und Anfragen werden nicht geäußert.

Landrat Rainer Guth dankt den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt um 18.00 Uhr die
Sitzung des Kreistages.

gez.
(Rainer Guth)
Vorsitzender

gez.
(Julia Mayer)
Schriftführerin

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

ABSCHLUSS

Tag der Einladung: 07.11.2019

Tag der Sitzung: 19.11.2019

Sitzungsort: Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 18.00 Uhr

Zahl der Mitglieder des Kreistages 38

Zahl der anwesenden Mitglieder des Kreistags 31

Zahl der abwesenden Mitglieder des Kreistages 7

Vorsitzender: Landrat Rainer Guth

Schriftführer/in: Julia Mayer